SOVFRACHT / DPA

und die Piraten überwältigt. Wir haben nichts Auffälliges an Bord gefunden. Und das ist auch die schlechte Neuigkeit: Es ging um Lösegeld. Hier zeigt sich, dass der Kampf gegen Piraterie vor der somalischen Küste gescheitert ist. Verschiedene Länder haben immer wieder Lösegeld gezahlt und so Nachahmer animiert.

SPIEGEL: Noch mal: keine Drogen oder Waffen? In den USA vermutete man auch nukleares Material für eine schmutzige Bombe an Bord, in Moskau sprach man von Atomtechnologie für Syrien.

Rogosin: Gerät ein Land wie unseres in solche Probleme, dann wird schnell der größte Unfug angenommen. Was da in die Welt gesetzt wurde, zum Beispiel dass wir auf dem Schiff Raketen oder Marschflugkörper nach Iran transportieren würden, war einfach unverantwortlich.

SPIEGEL: Es gab auch das Gerücht, die „Arctic Sea“ hätte in Kaliningrad vor der Reise eine ominöse Fracht zugeladen.

Rogosin: Das ist doch nichts weiter als Russophobie. Sollten die Finnen noch Flügelraketen zu dem Holz dazugeladen haben, dann wäre das ihre Sache. Wenn es ein Informationsvakuum gibt, wird es natürlich mit wildesten Gerüchten gefüllt.

SPIEGEL: Warum durften die Seeleute nach der Befreiung keinen Kontakt zu ihren Angehörigen aufnehmen?

Rogosin: Das ist in so einer Situation normal. Jetzt ist die Stunde der Ermittler: Hatten die Piraten Helfer? Hat sich die gesamte Besatzung korrekt verhalten? Daher musste sie erst einmal isoliert werden.

SPIEGEL: Die angebliche Lösegeldforderung von 1,5 Millionen Dollar halten alle Fachleute für unglaubwürdig niedrig.

Rogosin: Die Summe war wirklich im Gespräch. Wir gingen aber davon aus, dass sie sich ändern könnte, deswegen wollten wir die Piraten nicht bis zur afrikanischen Küste kommen lassen.

SPIEGEL: Keine geheime Fracht, kein Schusswechsel bei der Befreiung – das verblüfft nach diesem Verwirrspiel.

Rogosin: So war es aber. Die Lehre ist: Wir sollten auch den Nato-Russland-Rat künftig dazu nutzen, um uns besser abzustimmen und um gegen internationale Piraterie wirkungsvoller vorzugehen.

HONDURAS

Liberales Mitgefühl

Das Verständnis der deutschen Freidemokraten für die Putschisten in Mittelamerika löst erhebliches Befremden aus. Während EU, Uno und die USA die gewaltsame Absetzung von Präsident Manuel Zelaya Ende Juni einhellig verurteilten, nahm in Deutschland die FDP die Umstürzler in Schutz. Das rief jetzt den honduranischen Botschafter in Berlin, Roberto Martínez Castañeda, auf den Plan. In einem Brief an Kanzlerin Angela Merkel wirft er den Liberalen vor, die Machthaber „mit deutschen Steuergeldern“ zu unterstützen.

Die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung hatte Unterstützer des Regimes nach Berlin eingeladen. Der Naumann-Chef und ehemalige FDP-Vorsitzende Wolfgang Gerhardt verteidigt dies mit dem Hinweis, in Honduras seien nicht einfach „die einen gut und die anderen böse“. Nach Ansicht des FDP-Außenpolitikers Werner Hoyer sei der Umsturz in Honduras kein „klassischer Putsch“, sondern ein „Verfassungskonflikt, mit dem alle Beteiligten katastrophal umgegangen“ seien. Bundesregierung und EU hätten „massiv versagt, indem sie einseitig zugunsten Zelayas Partei ergriffen“. Der SPD-Abgeordnete Niels Annen indes wirft den Liberalen „moralische Unterstützung der Putsch-Regierung“ vor. Der Grüne Thilo Hoppe, Vorsitzender des Entwicklungsausschusses, kritisiert, sie würden „einen Putsch bagatellisieren und die einheitliche Haltung der Staatengemeinschaft gefährden“.

HANS-CHRISTIAN PLAMBECK

Martínez Castañeda

IRAN

Mussawis grüner Pfad

Oppositionsführer Hossein Mussawi, 67, treibt den Aufbau einer Front aller Regimegegner voran. Dazu haben Berater des bei der Präsidentschaftswahl am 12. Juni offiziell unterlegenen Herausforderers von Staatschef Mahmud Ahmadinedschad das Konzept einer Graswurzelbewegung entwickelt. Vorbilder für Mussawis „Grünen Pfad der Hoffnung“ sind die Kongresspartei in Indien und der ANC in Südafrika, die gegen massive Widerstände zu Regierungsparteien aufstiegen. Um nicht mit dem Parteiengesetz in Konflikt zu geraten, wird es vorerst keine formale Mitgliedschaft und kein Programm geben. Gemeinsamer Nenner der neuen Opposition sind nur zwei Forderungen:

MEHDI DEHGHAN / AFP

Mussawi, Karrubi

die Annulierung der Präsidentschaftswahl und die Achtung der in der Verfassung verankerten Bürgerrechte.

Für den Aufbau des Grünen Pfads können sich Mussawi und sein Mitstreiter Mahdi Karrubi auf etwa tausend Kampagnenbüros aus Wahlkampfzeiten stützen sowie auf Zehntausende Helfer. Diese Aktivisten, so heißt es aus Teheran, sollen nun an Universitäten, in Behörden, Staatsbetrieben und Unternehmen weitgehend autonome „Grüne Zellen“ bilden. Den Informationsaustausch soll ein „Zentralrat“ sichern, in den aus dem ganzen Land 40 Experten für Kultur, Wirtschaft und Politik entsandt werden. Die politische Führung könnte ein sechsköpfiges Gremium übernehmen, dem außer Mussawi und Karrubi auch der frühere Reformpräsident Mohammed Chatami sowie ein hoher Islamgelehrter aus Ghom und zwei Intellektuelle angehören sollen.